

Vorbemerkungen:

Erst im Jahr 2001 war der Landesbetrieb Straßenbau NRW aus der kommunalen Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland herausgelöst und neu organisiert worden. Bereits gegen diese Neuorganisation des Straßenbaus als Landesbetrieb gab es breite Kritik von Seiten der Kommunen und Kreise sowie kommunalen Spitzenverbänden bis hin zu den Betroffenen.

In einer Pressekonferenz am 04.07.2006 hat Herr Verkehrsminister Oliver Wittke die Ergebnisse der Untersuchung zur „Strukturoptimierung Straßen NRW“ bekannt gegeben. Anstelle der landesweit 17 Niederlassungen sollen künftig nur noch acht Regionalniederlassungen sowie je ein Planungs- und Baucenter die Aufgaben wahrnehmen. Der Rhein-Sieg-Kreis ist in besonderer Weise betroffen. Die Niederlassung Bonn, die für das gesamte Kreisgebiet zuständig ist, soll geschlossen werden. Stattdessen sollen die Aufgaben für den linksrheinischen Teil von der Niederlassung in Euskirchen und für den rechtsrheinischen Teil von der Niederlassung in Gummersbach erledigt werden. Die räumliche Zuordnung und die neuen Regionalniederlassungen können dem Anhang 1 entnommen werden.

Erläuterungen:

Die Untersuchung zur „Strukturoptimierung Straßen NRW“ wurde durch eine Steuerungsgruppe bestehend aus Vertretern des Ministeriums, des Landesbetriebs und des Gesamtpersonalrates erarbeitet und fand die Zustimmung des Landeskabinetts. Auf eine Beteiligung der betroffenen Niederlassungen, der Regionalräte bzw. Kommunen und Kreise wurde verzichtet.

Der Verkehrsminister begründete die Umstrukturierung mit der notwendigen stärkeren betriebswirtschaftlichen Ausrichtung des Landesbetriebs. Durch die Zusammenfassung von Niederlassungen sollen 600 Stellen wegfallen und ab 2011 jährlich rund 24 Millionen Euro eingespart werden.

Für den Rhein-Sieg-Kreis und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bedeutet die Streichung der Niederlassung Bonn deutlich längere Wege für die Abstimmung bei Straßenplanungen sowie anderen Bereichen der Zusammenarbeit (u.a. Arbeit der Unfallkommission). Für den Rhein-Sieg-Kreis ergibt sich die Besonderheit, dass beim Landesbetrieb zwei Ansprechpartner an zwei verschiedenen Orten für die Belange der Bundes- und Landesstraßen zuständig sind, was für eine intensive und fruchtbare Zusammenarbeit nicht zielführend ist. So werden sich die regelmäßig stattfindenden Besprechungen zwischen der Verwaltung und dem Landesbetrieb verdoppeln.

Die Streichung der Niederlassung Bonn hat natürlich auch einen Bedeutungsverlust für Bonn und die Region zur Folge. Zudem gehen in der Region ca. 130 qualifizierte Arbeitsplätze verloren.

Neben den negativen Folgen für den Kreis und die Kommunen der Region hat der Landesbetrieb selbst Nachteile. So haben auch die Mitarbeiter des Landesbetriebs erheblich längere Wege. Einzelne Mitarbeiter aus der Niederlassung wohnen in Rheinland-Pfalz und konnten bisher mit dem ÖPNV den Dienort Bonn gut erreichen. Insbesondere der Standort Gummersbach ist für viele Mitarbeiter extrem schlecht erreichbar. Mit dem ÖPNV werden Fahrzeiten von bis zu 3 Stunden für eine Fahrt erreicht.

Aber auch die täglichen Arbeiten werden sich für die Mitarbeiter erschweren und der Aufwand erhöhen. Es bleibt festzuhalten, dass sich 80% aller Bauprojekte und 90% des Verkehrsaufkommens entlang der Rheinschiene und nicht in der Eifel oder im Bergischen Land abspielen. In Bonn sitzt die Niederlassung im Zentrum des Aufgabengebietes. Mit den Standorten Gummersbach und Euskirchen liegt der Aufgabenschwerpunkt an der Peripherie des Zuständigkeitsgebietes.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich unmittelbar nach bekannt werden der geplanten Umstrukturierung beim Verkehrsminister für den Erhalt der Niederlassung Bonn eingesetzt. In meinem Schreiben habe ich neben den oben genannten Argumenten betont, dass sich die Zuschnitte aller Regionalniederlassungen an den Grenzen der Gebietskörperschaften orientiert haben. Der Rhein-Sieg-Kreis wäre die einzige Ausnahme!

Eine Rekommunalisierung der Aufgaben auf die Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, zumindest für den Bereich der Landesstraßen, die Synergieeffekte bei den Kommunen auslösen könnte, wurde

möglicherweise nicht geprüft.

Neben dem Rhein-Sieg-Kreis hat die Verwaltung Kenntnis von Protestbriefen der Stadt Bonn, den Personalräten der Niederlassungen Köln und Bonn, der Verkehrskommission des Regionalrates Köln sowie der CDU-Fraktion des Rhein-Sieg-Kreis und des Regionalrates.

Zur Sitzung des Kreisausschusses am 21.08.2006